Verantwortliche Redakteure
Für den politischen Theil: C. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes: J. Roeckner,
für den übrigen redaktionellen Theil: H. Schmiedehaus,
sämmtlich in Posen.
Verantwortlich für den Inseratentheil: O. Knorre in Posen.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Sechsundneunzigster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei Gust. Ad. Schleh, Hoflief., Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8, in Gnesen bei S. Chraplewski, in Meseritz bei Ph. Matthias, in Wreschen bei J. Jadesohn u. bei den Inseraten-Annahmestellen von G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse und „Invalidendank".

Nr. 847.

Die „Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Dienstag, 3. Dezember.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1889.

Amtliches.

Berlin, 2. Dezember. Der König hat dem Direktor der Mineralogisch-petrographischen Sammlung des Museums für Naturkunde, ordentlichen Professor an der königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, Dr. Karl Klein, den Charakter als Geheimer Bergrath, sowie dem Direktor der Zoologischen Sammlung des Museums für Naturkunde, ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, Dr. Karl August Möbius, und dem Direktor des Zoologischen Instituts und ordentlichen Professor in derselben Fakultät, Dr. Franz Eilhard Schulze, den Charakter als Geheimer Regierungsrath verliehen.

Der König hat den bisherigen Ersten Lehrer Gustav Voigt vom Schullehrer-Seminar zu Neu-Ruppin zum Seminar-Direktor ernannt.

Der König hat dem Geheimen Kanzlei-Sekretär bei dem Evangelischen Ober-Kirchenrath, Gustav Adolf Karl Franzke, den Charakter als Kanzleirath verliehen.

Der König hat die vom Provinzial-Ausschuß der Provinz Posen am 12. v. M. vollzogene Wahl des Geheimen Regierungsraths Dr. Grafen v. Posadowsky-Wehner zum Landesdirektor der Provinz Posen bestätigt.

Bei dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten ist der bisherige Eisenbahn-Betriebssekretär Koosch zum Geheimen Registrator ernannt worden.

Der Gymnasial-Direktor Dr. Hampke in Göttingen ist in gleicher Eigenschaft an das Gymnasium in Meseritz, ebenso der Gymnasial-Direktor Dr. Viertel in Gumbinnen an das Gymnasium zu Göttingen, der Gymnasial-Direktor Schneider in Schrimm an das Gymnasium zu Demmin und der Gymnasial-Direktor Dr. Pohl in Münstereifel an das Gymnasium in Kempen versetzt worden. Dem Seminar-Direktor Voigt ist das Direktorat des Schullehrer-Seminars zu Barby verliehen worden. Der Erste Lehrer Dr. Renisch vom Schullehrer-Seminar in Barby ist in gleicher Eigenschaft an das Schullehrer-Seminar zu Neu-Ruppin versetzt worden.

Deutscher Reichstag.

27. Sitzung vom 2. Dezember, 12 Uhr.

Die zweite Berathung der **Bankgesetznovelle** wird fortgesetzt.

Reichsbankpräsident v. **Dechend**: Herr v. Kardorff hat in der neulichen Berathung die Bank von Frankreich gerühmt und namentlich hervorgehoben, daß sie für den Kriegsfall besonders gut situirt sei. Ich erkenne an, daß die Bank von Frankreich außerordentlich gut verwaltet wird, und es liegt ja auch in der deutschen Art, Fremdes mehr anzuerkennen als eigenes. Sie werden es mir aber nicht verargen, wenn ich um der Stellung und des guten Rufes der Reichsbank willen näher auf die Verhältnisse eingehe.

Herr v. Kardorff und Graf Mirbach haben Beide den großen Goldschatz der Bank von Frankreich hervorgehoben und eine Verdoppelung des unsrigen gewünscht. Ja, der Betrag der Bank von Frankreich ist jetzt erst auf einen so hohen Betrag gestiegen, sonst war er selten höher als 1000 Millionen Mark Gold. Bei Ausbruch des Krieges von 1870 hatte sie überhaupt in Gold und Silber nur 1038 Millionen Mark. Lange Zeit hindurch wurde dieser Betrag entfernt nicht erreicht. So belief sich 1861 ihr Baarbetrag nur auf 200 Mill. Mark Gold und sie mußte sich die größte Mühe geben, durch fremde Hilfe den Bestand zu steigern. Das Gewöhnliche ist, wenn die Bank etwa 1000 Millionen Franks oder 800 Millionen Mark in Gold als Metallschatz hat. Weit ab von dieser Summe sind wir nun wiederholt nicht gewesen. Ich kann die Zahlen hier nicht publiziren, weil ich in Uebereinstimmung mit den Bundesregierungen es nicht für angemessen finde, eine Sondirung des Baarbestandes in Gold und Silber der Reichsbank zu publiziren. Sehr weit ab von diesem Betrage sind wir aber nicht. Der jetzige hohe Goldbestand der Bank von Frankreich ist hauptsächlich herbeigeführt durch ganz besondere Umstände in den letzten Jahren, namentlich durch die Industrie-Ausstellung in diesem Jahre. Darum wird der Goldbestand auch sehr bald wieder zurückgehen. Er hat schon jetzt damit angefangen. Also der Unterschied zwischen dem Baarbestand der Bank von Frankreich und der unsrigen ist entfernt nicht so hoch, wie die beiden Herren angenommen haben.

Allerdings ist der Silberbestand der Bank von Frankreich ein sehr viel höherer. Ist das aber wirklich ein Vorzug? Jeder, der sich diese Verhältnisse überlegt, muß das als einen sehr großen Mangel der Bank von Frankreich ansehen, ja sie selbst sieht es als einen Nachtheil an. Sie kann über ihren Silberbestand bei dem niedrigen Silberpreise absolut nicht verfügen, weder im Kriegsfall noch sonst, während wir, die wir nicht viel mehr Silber haben, als wir selber brauchen selbst dann, wenn wir die Goldwährung vollständig durchführen, namentlich wenn wir die österreichischen Thaler abgestoßen haben werden, was ja selbstverständlich früher oder später erfolgen muß. Ich glaube also nicht, daß die Herren Recht haben, die Bank von Frankreich auf Kosten der Reichsbank zu rühmen, der Zustand ist hier besser als dort.

Wie liegen die Zustände ferner bei der Zirkulation? Bei uns ist alles Gold vollwerthig. Es wird dafür gesorgt, daß unterwichtiges Gold überhaupt nicht zirkulirt. Der größte Theil unseres Goldes ist neugeprägt. In Frankreich aber ist der größte Theil des Goldes sehr abgegriffen unterwerthig. Vollwichtiges Gold ist eigentlich sehr schwer, wenn überhaupt zu haben, und nur von der Bank gegen ein nicht unbeträchtliches Agio zu haben. Wir geben Jedem, der Gold verlangt, so viel er haben will, auch zum Export. Die Bank von Frankreich giebt es sehr ungern und giebt es gar nicht, wenn es nach Deutschland ausgeführt werden soll.

Wie steht es weiter im Kriegsfall? Wir haben sehr viel Schwierigkeiten gehabt mit der früheren Währung; aber wir haben daran festgehalten bis 1870. Was hat Frankreich gethan? Der erste Schritt, noch vor Ausbruch des Krieges, war die Sistirung der Gehaltszahlungen der Bank. Wie kann man bei solchen Zuständen noch die Bank von Frankreich auf Kosten der Reichsbank rühmen. Ich hoffe, daß die Herren selbst den Vorwurf zurücknehmen werden, daß die Reichsbank hinter der Bank von Frankreich erheblich zurückstehe in ihrer Leistung. Dagegen spricht schon ein Vergleich der Geschäftsführung beider Banken. Die Bank von Frankreich hat 131 Filialen, wir haben 240; bei uns kann Jeder diskontiren, der seine Kreditfähigkeit nachweisen kann ohne irgend eine andere Rücksicht. In Frankreich werden zur Diskontirung bei der Bank nur zugelassen sogenannte Presentateurs, eine verhältnißmäßig kleine Zahl, und die Angehörigen der Bank. So beläuft sich die Zahl der Diskontirenden auf wenig über 11 000. Unsere günstigen Lombardbedingungen kennt die Bank von Frankreich gar nicht. Die Verwaltung der staatlichen Werthpapiere beschränkt sich bei der französischen Bank darauf, die Kupons abzuschneiden, während bei uns die Reichsbank die ganze Verwaltung hat, einschließlich der Verloosung. Bei der Bank von Frankreich werden die Wechseldiskontirungen sehr umständlich behandelt. Man kann das baare Geld niemals an demselben Tage erhalten. Bei uns kann Jeder, der das Geld sofort braucht, sich auch in den Besitz desselben bei der Reichsbank setzen. Und so könnte ich Ihnen noch aus allen Zweigen der Verwaltung den Nachweis führen, daß unsere Bank hinter der französischen sich nicht zu verstecken braucht. Ich bitte die Herren, davon Notiz zu nehmen, wenn in den Kreisen außerhalb des Reichstages der Versuch gemacht werden sollte, die Bank von Frankreich auf unsere Kosten zu rühmen. Das Stammkapital der Bank von Frankreich beträgt nur um 26 oder 27 Millionen mehr, als das Bankkapital der Reichsbank. Die französische Bank hat aber ihr Bankkapital und alle Reserven in Renten festgelegt. Ob das gerade ein Vorzug ist, oder ein Mangel unserer Bank, das muß ich Ihrer gütigen Erwägung überlassen. (Beifall.)

Geheimrath **Aschenborn**: Die gestrige Rechnung des Herrn Graf Mirbach, daß die Verstaatlichung der Reichsbank für zehn Jahre einen Mehrgewinn von über 43 Millionen Mark als jetzt ergeben würde, ist unrichtig. Vor Allem darf man nicht den Reservefonds als bei Uebernahme auf das Reich überflüssig von der Erwerbungssumme abrechnen; denn der Bankgewinn, der der Rechnung des Herrn Mirbach zu Grunde gelegt ist, ist nur erzielt worden mit einem Kapital, zu dem auch der Reservefonds gehört. Nach den Deduktionen des Grafen Mirbach könnte man auch sagen, wozu hat man überhaupt noch nöthig, ein Grundkapital aufzubringen; das Reich brauchte überhaupt kein Grundkapital, sondern nur einen Betriebsfonds, und zu dem reiche die Hälfte und noch weniger aus. Unzulässig ist auch der Vergleich der Ergebnisse des jetzigen Zustandes der Bank mit dem, was sie in Zukunft ergeben würde, so wie es Abg. Graf Mirbach dargestellt hat. Denn von keiner Seite ist in Aussicht genommen, den bisherigen Zustand der Reichsbank zu konsolidiren, sondern die Regierungsvorlage ist nur das mindeste, was in Aussicht genommen werden soll. Wenn das Reich selbst die Verwaltung übernimmt, so würde sich bei der Ausgabe von 3½prozentigen Schuldpapieren für die Reichskasse nur ein Ueberschuß von 2 900 000 M. und nicht von 4 300 000 M., ja vielleicht ein noch geringerer, ergeben, denn der Fortfall des Kasernenfonds würde vielleicht eine ungünstige Wirkung auf den Ueberschuß ausüben. Wer weiß denn auch, ob die Reichsbank in den bisherigen guten Verhältnissen weiter verbleiben wird? Ich erinnere an die Erfahrungen, die wir im Reichstage bei anderen Betriebsverwaltungen fortwährend machen, namentlich bei der Postverwaltung. Obwohl es bekannt ist, daß die Ueberschüsse der Postverwaltung nominelle sind, und ebenso die Leistungen der Eisenbahnen, so kommen doch jederzeit Anträge auf Ermäßigung der Tarife und Aehnliches. Wenn also einmal die Reichsbank irgendwie höhere Dividenden erzielte, so wird man sagen, die Reichsbank ist nicht dazu da, Ueberschüsse zu erzielen, sondern ein allgemeines Reichsinstitut, und muß daher im allgemeinen Verkehrsinteresse lieber billigen Kredit verschaffen. Verschaffen sich solche Anschauungen Geltung, so ist es ohne Weiteres mit einer Erhöhung der Dividenden sogleich vorbei.

Nach den jetzigen Vertheidigungsmaßregeln würde dem Reich 2 373 000 Mark jährlich zu Theil werden; nach der Regierungsvorlage erhöht sich derselbe auf 3 115 000, also 742 000 Mark mehr. Der Antrag Huene würde den finanziellen Effekt um 461 268 Mark erhöhen, aber der von der Regierung gemachte Vorschlag entspricht mehr der Billigkeit und den wirklichen Kursverhältnissen; wenn man bedenkt, daß die Antheile der Reichsbank wenigstens zur Hälfte zu 130 Prozent erworben sind, und man darf doch nicht die eine Hälfte der Antheilseigner schädigen, weil die andere Hälfte früher billiger zu den Antheilscheinen gekommen ist. Der Antheil der Gläubiger der Reichsbank ist nicht zu hoch bemessen, und man darf sich auf keinen rigorosen Standpunkt stellen, namentlich wenn man ihre Antheile mit denen der Privatbanken vergleicht. Die Deutsche Bank zahlt 8 3/10 Prozent, die Darmstädter 7 3/8 Prozent, die Norddeutsche Bank 8½ Prozent. Demgegenüber sind die Antheile, die die Reichsbank nach der Vorlage mit 4 3/10 Prozent zahlt, eine nicht zu hohe Prämie. Auch vom Standpunkte des Reichs ist der Gewinn, den das Reich nach der jetzigen Vorlage aus der Reichsbank zieht, ein durchaus angemessener.

Abg. **Mooren** (Ctr.): Mein Antrag bezweckt, die Städte und Gemeinden gegen die Begehrlichkeit und die fiskalischen Gelüste der Reichsbank in Schutz zu nehmen. Die Reichsbank läßt sich für die ihr gesetzlich obliegende Errichtung von Filialen, Zuschüsse und Steuerprivilegien bewilligen. Das hat in einer Reihe von Fällen für ohnehin schon schwer bedrängte Städte schwere Schädigungen in ihren Steuereinnahmen zur Folge gehabt. Die Reichsbank hat verschiedene Male erklärt: entweder Befreiung von Kommunalsteuern oder Entziehung der Filialen. Auf das letzte können die bedrängten Gemeinden nicht eingehen und müssen daher, so schwer es ihnen fällt, diese Steuern entbehren und sogar noch Bauten für die Reichsbank leisten.

Das sind Privilegien, wie sie selbst die begehrlichen Agrarier nicht in Anspruch nehmen. (Hört! hört! rechts.) Die Antheilsscheine befinden sich zum Theil in Händen von Ausländern, die also auf Kosten der schon so schwer bedrängten deutschen Städte Vortheile ziehen. Auch die deutsche Reichsbank muß wie die Post und die Eisenbahn zu den öffentlichen Lasten beitragen.

Reichsbankpräsident v. **Dechend**: Daß die Reichsbank Filialen im Reiche errichten muß, erkenne ich an. Es ist auch geschehen und sogar an solchen Orten, wo ein erheblicher Verkehr nicht besteht. Wir erwarteten, daß der Verkehr sich hier heben würde; geschah das nicht, so zögerten wir trotzdem mit der Aufhebung, hielten es aber für billig, wenn während der Versuchszeit die Stadt einen angemessenen Beitrag leistet. Das ist doch nicht unbillig. Wir können doch nicht an allen kleinen Orten Filialen auf Kosten des Reiches errichten. Daß Steuerfreiheit verlangt ist, davon weiß ich nichts. Etwas Besonderes würde ich darin schließlich auch nicht finden. Ich kann also absolut nichts darin finden, daß Städte, die eine Bank haben wollen, zum Theil freiwillig auch einige Opfer für den ungeheuren Vorzug, den sie dadurch erhalten, bringen, um so weniger gerade, als nicht jeder Ort eine Bank haben kann. Ich würde daher den Abg. Mooren bitten, die Sache weniger tragisch zu nehmen und mir nicht den Vorwurf zu machen, ich setzte den Stadtvertretungen die Pistolen auf die Brust — la bourse ou la vie. (Heiterkeit.)

Abg. **Gamp** (Rp.): Die Ausführungen des Abg. Mirbach haben hoffentlich die Legende beseitigt, daß ich lediglich zur Vertretung einseitiger agrarischer Interessen eingetreten sei. Meine Vorschläge bezweckten Aenderungen, die allen Erwerbskreisen zu Gute kommen, und die englische Bank hat thatsächlich ähnliche Einrichtungen längst getroffen. Trotzdem hat der Herr Bankpräsident v. Dechend Ausdrücke mir gegenüber gebraucht, die, wenn sie von einem Mitgliede des Hauses gethan worden wären, sicher von dem Herrn Präsidenten gerügt worden wären. (Heiterkeit.) Der Respekt vor der amtlichen Stellung des Herrn Reichsbankpräsidenten verbietet mir, ihm auf dieses Gebiet zu folgen; ob es aber von dem Herrn Reichsbankpräsidenten v. Dechend sehr hochherzig war, hier seine Präponderanz in solcher Weise zum Ausdruck zu bringen, das überlasse ich dem Urtheil des Hauses. Ich habe Herrn v. Dechend nie belästigt. Wo ich von ihm empfangen wurde, geschah es auf seinen ausdrücklichen Wunsch. Die Besprechungen traten zwar aus rein akademischen Erörterungen nicht heraus, aber meine Zuziehung ist für die Landwirthschaft nicht ohne Nutzen gewesen, welcher auf meine Anregung erhebliche Erleichterungen gewährt wurden.

Eine der dringendsten Forderungen, die an die Bankverwaltung zu stellen sind, ist die Verlängerung der Kreditfrist. Ich halte eine sechsmonatliche Kreditfrist für wünschenswerth. Daß Wechsel mit sechsmonatlicher Frist laufen können, zeigt das Beispiel der Bank von England. Diese Verlängerung wäre für die Landwirthschaft und auch für das Kleingewerbe von hohem Nutzen. Bis jetzt ist besonders den Handwerkern das Bürgerrecht bei der Reichsbank immer noch vorenthalten. Herr Bamberger bezeichnete es früher zwar als Wucher, wenn Kreditinstitute für ein größeres Risiko, das sie übernähmen, eine höhere Entschädigung, höhere Zinsen beanspruchten. (Abg. Dr. Bamberger: Unter Umständen!) Danach würden alle Versicherungsgesellschaften Wuchergeschäfte betreiben. Die Reichsbank soll ja auch nicht mit ungemessenen Beträgen dem Kleingewerbe unter die Arme greifen, in gewissen Grenzen aber kann sie Kredit gewähren, namentlich in Nothstandsfällen, bei Ueberschwemmungen u. dergl.

Auch eine Erweiterung des Lombardkredits ist sehr wohl möglich. Der Bankpräsident befürchtet die Vermehrung von Reitwechseln. Sind denn blos Wechsel aus Darlehen Reitwechsel und nicht auch die aus Kauf und Verkauf, mit denen die Bank doch operirt. Finden doch Reitwechsel aus dem Verkauf von Grundstücken Eingang in die Reichsbank. Ich glaube nicht, daß der von mir gewünschte Acceptverkehr Wechselreiterei begünstigen wird. Die Vorschläge des Herrn Grafen Stolberg erscheinen mir nicht angemessen. Der Zentralausschuß, den er wünscht, kann durchaus nicht als eine berechtigte Vertretung der Interessen der Antheilseigner angesehen werden, denn es fragt sich doch sehr, ob, wenn drei Viertel der Antheile in den Händen der kleinen Leute, der Wittwen und Waisen sich befinden, der Zentralausschuß gerade die Interessen dieser Leute wahrnehmen wird. Ich hätte auch Bedenken gegen neue Privatnotenbanken. Diese könnten schwerlich nach ihrer ganzen Einrichtung bei einer Krisis bestehen und würden auch zu sehr das Großkapital bevorzugen.

Reichsbankpräsident v. **Dechend**: Es hat mir fern gelegen, den Herrn Abg. Gamp durch meine Bemerkungen verletzen zu wollen. Ich habe nur dargelegt, daß ich absolut außer Stande bin, alle die Wünsche, welche der Vorredner endlos hier vorbringt und auch heute wieder vorgebracht, stets von Neuem zu widerlegen. Es ist ein Irrthum, daß die englische Bank eine längere Kreditfrist hat, sie hat nicht längere Wechsel, als auf 95 Tage. Auch Professor Wagner hat eine längere Kreditfrist für schlechterdings ausgeschlossen erklärt. Ich würde es für unverschämt halten, wollte ich die Zeit des Hauses zur Widerlegung aller Ausführungen des Herrn Gamp verwenden. Was man unter Reitwechsel und Finanzwechsel versteht, das weiß jeder Geschäftsmann. Auf solche Diskussionen kann ich mich hier nicht einlassen, da wir keine Ursache haben, die Debatte mehr als nöthig zu verlängern. (Beifall.)

Abg. Dr. **Bamberger** (dfr.): Die Durchführung des Vorschlages von Herrn Gamp, für das größere Risiko, das die Reichsbank etwa Grundbesitzern gegenüber übernehme, höhere Zinsen zu fordern, würde in der That ein Wuchergeschäft sein. Der Wucher ist eben durch die Höhe der Zinsbemessung deutlich ausgesprochen; denn eine solche hohe Bemessung des Zinsfußes ist nur erklärlich, wenn das Geschäft außerordentlich riskant ist, und das ist es nur, wenn es entweder sehr leichtsinnig eingegangen ist, oder ein großer Nothstand vorliegt.

Die Verhandlungen über diese Vorlage haben eine Bedeutung, die weit über die praktischen Schlußfolgerungen hinausgeht, die man durch die Annahme des Antrags zieht. Die Leiter der Reichsbank und Antheilseigner sind in einer Weise angegriffen worden, daß die interessirten Kreise von dem Verhalten des Reichstages eigenthümlich berührt sein müssen, wenn diese Angriffe nicht gründlich widerlegt werde oder mindestens eine scharfe Entgegnung hervorrufen. Wenn Jemand den Werth eines unentdeckten Bergwerks in Südwestafrika bezweifelt, dann gilt er für einen Vaterlandsverräther. Wenn aber Jemand die Reichsbank, die sich seit so vielen Jahren in vorzüglicher Weise bewährt hat, in schwerer Weise angreift und ihre Leistungsfähigkeit bezweifelt, so ist das reichstreu. (Sehr gut! links, Unruhe rechts.) Ich will dabei den Herren die Freiheit der parlamentarischen Kritik durchaus nicht beschränken, aber wenn man ein solches Institut angreift, muß man sich die Sache genauer überlegen.

Es ist unrichtig, daß durch die Schaffung der Reichsbank Preußen gegenüber anderen deutschen Landestheilen benachtheiligt sei, da Preußen für die Zession der preußischen Bank an das Reich reich bezahlt worden ist. Zudem hat die Reichsbank Preußen dieselben Dienste geleistet wie Sachsen, Bayern und den andern Staaten. Wenn die Sächsische Bank kleinere Wechsel diskontirt, so kann das einfach daher kommen, daß in Sachsen die Bankiers und kleine Kaufleute ihre Wechsel der Bank geben, während in Preußen die Bankiers die Wechsel längere Zeit im Portefeuille behalten oder sie zum Inkasso geben. Daß Leute, die nicht Kredit verdienen, keinen erhalten können, ist höchst natürlich, und so stellt sich derjenige, der sich darüber beklagt, daß er keinen Kredit findet, ein schlechtes Zeugniß aus, denn er bezeugt damit, daß er höchst wahrschein-

lich keinen baaren Kredit verdient. Die Hauptursache ist bei der Reichsbank immer, daß sie für ihre Selbsterhaltung sorgt, und die Bedingungen ihrer eigenen Erhaltung bleiben nur ungefährdet, wenn sie alle unsoliden und zweifelhaften Geschäfte ablehnt. Deswegen erscheinen mir alle Anforderungen von der Landwirthschaft und von anderer Seite gleich verdächtig, sobald sie nicht in den Rahmen der ordentlichen Geschäfte der Reichsbank hineinpassen. Zu meiner Freude ist die Gründung der überseeischen Bank für Kolonialzwecke, die von der Reichsbank hätte ernährt werden müssen, gescheitert, und ich spreche daher den Urhebern dieser Niederlage, die mir bis jetzt nicht bekannt sind, meinen besten Dank aus. Eine Privatbank von Privaten getragen, mag solche Geschäfte übernehmen, aber wie kann man so etwas der Reichsbank zumuthen, die unsere Noten ausgiebt und verpflichtet ist, sie jederzeit in Gold einzulösen?

Der Metallschatz der deutschen Bank ist wiederholt als zu gering bezeichnet worden, namentlich gegenüber dem französischen. Nun sagen die absoluten Ziffern gar nichts, es kommt lediglich darauf an, wie sich der Baarschatz zu den umlaufenden Noten verhält. Aber auch so ist der Unterschied zwischen dem Metall der Reichsbank und der französischen Bank nicht so bedeutend. Woher kommt übrigens jetzt mit einem Male diese Begeisterung für den Nachbarstaat? Ich habe Grund zu der Annahme, daß von 777 Millionen Metallschatz der Reichsbank wenigstens 520 Millionen Gold sind. Dazu müssen wir aber hinzurechnen die 120 Millionen im Juliusthurm, die für den Fall eines Krieges doch an erster Stelle gerechnet werden müssen. Ferner kommen hinzu 80 Millionen aus Privatbanken. So bekommen wir 720 Mill. in baarem Gelde oder 900 Mill. Frcs. Frankreich hat einen Baarschatz in Gold von 1100 Mill. Das ist doch kein bedeutender Unterschied. Die Hauptsache bleibt jedoch die, wie ist das Verhältniß zwischen dem Notenumlauf und dem Baarvorrath der Bank, wird die Bank im Stande sein, die ihr präsentirten Noten in Baar zu zahlen? Da stehen die Dinge für Frankreich noch viel übler. In Frankreich zirkulirt verhältnißmäßig viel weniger Gold als in Deutschland. Wenn Herr v. Kardorff meint, der Metallschatz der Reichsbank genüge nicht, die Handelsbilanz Deutschlands hätte sich verschlechtert, so kümmern wir uns um die Handelsbilanz nicht. Diese hat nichts mit der Zahlungsfähigkeit eines Landes zu thun, wie das Beispiel Englands zeigt. Sonst müßte ja auch Rußland eines der zahlungsfähigsten Länder sein.

Unser Grundkapital ist keineswegs zu gering. Wir haben 120 Millionen Grundkapital, das mit dem Reservefonds auf 147 Millionen sich erhöht. Die Bank von Frankreich hat 180 bis 182 Millionen Franks, also etwa 146 Millionen Mark. Nun hat aber Frankreich nur die Bank française für Privat- und Staatskapital. Wir haben aber noch viele andere Banken daneben, und ziehen wir nur die bayerische mit ihren 30 Millionen und die sächsische mit ihren 45 Mill. dazu, dann sind wir Frankreich erheblich überlegen. Das Kapital der Franzosen ist zudem zum größten Theil gar nicht da, und in der Zeit, wo der Staat Gefahr läuft, sind die Forderungen, in denen es angelegt ist, gar nicht einzutreiben und nicht viel werth. Man kann also geradezu sagen, die französische Bank arbeitet ohne Kapital. Die deutsche Reichsbank ist in der Deckung ihrer Verpflichtungen viel sicherer als die französische, weil sie die Bestimmung hat, daß ein Drittel der Noten in Baar gedeckt sein muß. Die französische Bank hat keine Vorschrift dieser Art. Daß die französische Bank dem Staate große Dienste in Krisen erwiesen hat, will ich nicht bestreiten, obwohl das zumeist Zeitungsartikeln nachgesprochen wird. Welcher Art sind diese Dienstleistungen aber gewesen? Sobald eine Krisis ausgebrochen ist, hat sie die Zahlungen eingestellt und die Noten durch Zwangsgesetze eingefordert. Dann konnte sie dem Staate natürlich bequem große Leistungen machen. Aber weder mit dem Kapital noch mit dem Metallschatz hat die Bank Dienste geleistet. Die Hauptsache ist in einer Krisis das Vertrauen, welches man einem solchen Institut entgegenbringt. Sie (nach rechts) tragen durch Ihre Kritik dazu bei, dieses Vertrauen auch für den Kriegsfall zu erschüttern, und zwar, ohne daß die Einrichtung und die Verwaltung Ihnen dazu den geringsten Anlaß geboten hat. Die Reichsbank hat sich vorzüglich bewährt, obwohl auch ich bei der Einrichtung derselben nicht mit allem einverstanden gewesen bin. Die Reichsregierung hat sich wohl überlegt, was in der jetzigen Organisation zu ändern, und was für das Reich etwa noch den Aktionären etwa abgeknöpft werden kann. Etwas anderes kann ohne Störung des Kreditwesens und ohne Schädigung der Reichsfinanzen nicht verlangt werden. Nehmen wir also die Vorlage der Regierung ohne weiteres Ueberlegen an. (Beifall links.)

Abg. v. **Kardorff** (Rp.): Die Solidität der Reichsbank habe ich nicht bezweifelt. Für die Vergangenheit hat sie sich durchaus bewährt. Aber die Zukunft kann eine absolut veränderte Handelsbilanz bringen, und die Leistungsfähigkeit der Reichsbank kann dann in Frage gestellt werden. Trotz der Auseinandersetzung des Reichsbankpräsidenten halte ich die französische Bank für den Fall eines Krieges für besser gestellt als die Reichsbank. Ihr großer Silberschatz wird kein Nachtheil sein. Die französische Bank ist nur so leistungsfähig, weil sie verstaatlicht ist; denn die Banktheilseigner haben kein Interesse daran, wie hoch der Goldschatz der Bank ist.

Herr Meyer hat mir neulich mit Unrecht mangelnde Voraussicht der Gestaltung der wirthschaftlichen Verhältnisse vorgeworfen, weil ich im „Deutschen Wochenblatt“ ein Fallen der Kohlenpreise vorausgesagt habe. In dem Sinne, in welchem ich das voraussagte, ist es doch auch in den letzten Jahren eingetroffen, weil die Kohlenindustrie keinen Schutzzoll hatte, verschlechterten sich die Zustände in ihr, und sie war nicht im Stande, die Löhne ihrer Arbeiter in ähnlicher Weise aufzubessern wie andere Industrien, und deshalb brach auch der Bergarbeiterstrike aus. Auch meine sonstigen Prophezeiungen sind eingetroffen. Herr Meyer thäte besser, sich auf das Gebiet der Kalauer zu beschränken. Im übrigen möchte ich die Regierung doch nochmals darauf aufmerksam machen, ob es ihr nicht Bedenken verursacht, sich in dieser Frage einer Partei anzuschließen, die zu der gesammten Wirthschaftspolitik der Regierung, zu der auch die Bankpolitik gehört, in so schroffem Gegensatze steht. (Lachen links.)

Bankpräsident v. **Dechend**: Ich weise es zurück, daß, nachdem von uns und Herrn Bamberger zahlenmäßig nachgewiesen ist, daß der heutige Stand der Reichsbank sich gar nicht wesentlich von dem der Bank in Frankreich unterscheidet, dennoch Herr v. Kardorff ohne Beibringung eines Beweises die gegentheilige Behauptung wiederholt.

Abg. Frhr. v. **Stumm** (Rp.) erklärt, für die Regierungsvorlage stimmen zu wollen, da die bisherigen Leistungen der Reichsbank ausgezeichnet seien und eine anderweitige Organisation durch nichts erforderlich geworden sei.

Abg. Graf **Mirbach** (kons.) hält seine Angaben über die Größe des französischen Metallschatzes gegenüber dem der Reichsbank aufrecht und erklärt, die Solidität der deutschen Reichsbank nicht angezweifelt zu haben. Eine Kritik aber müsse sie sich gefallen lassen, unter der Kritik dürfe sie nicht sein. (Heiterkeit.) Es freue ihn, daß prinzipiell die Regierung gegen den Antrag auf Verstaatlichung nichts einzuwenden habe, das erleichtere ihm, dafür zu stimmen.

Abg. Frhr. v. **Huene** (Ztr.) hält die nach seinem Antrag bemessene Normirung der Dividende der Antheilseigner für nicht unbillig. Das Reich habe zweifellos Recht, den Antheilseignern zu kündigen. Wenn es von diesem Recht keinen Gebrauch macht, so muß es eben den Gewinn für das Reich möglichst hoch bemessen und könne so weit gehen, als nicht eine grobe Unbilligkeit für die Antheilseigner sich daraus ergäbe.

Staatssekretär v. **Boetticher** erinnert daran, daß die Gesetzgebung nicht bloß grobe Unbilligkeit, sondern Unbilligkeit überhaupt vermeiden solle. Das Reich gewinne bei dem Antrag Huene nur ein Zehntel Prozent, etwa 4 bis 500 000 Mark, riskire gegen diesen unbedeutenden Nutzen aber, daß die Antheilseigner ihre Zustimmung versagten. (Widerspruch rechts.) Wenigstens sei der Reichsbankpräsident der Meinung, daß die Antheilseigner auf den Antrag Huene nicht eingehen würden.

Abg. **Klemm** (kons.) spricht sich gegen den Antrag Stolberg aus, der die Reichsbank in große Unsicherheit zu bringen geeignet sei.

Hierauf wird die Diskussion geschlossen.

Abg. Dr. **Meyer** (Halle): Wenn Herr von Kardorff es für parlamentarisch zuläßig erklärt hat, mir den Rath zu geben, ich möchte mich in Zukunft auf das Gebiet der Kalauer beschränken, so erkläre ich auf das Allerbestimmteste, daß ich mir auch in Zukunft das Recht nicht werde nehmen lassen, lederne Produkte aller Art nach Gebühr zu verarbeiten. (Große Heiterkeit.)

Abg. v. **Kardorff**: Aus der letzten Bemerkung entnehme ich, daß Herr Dr. Meyer der Zunft der Schuster angehört. (Heiterkeit rechts. „Oh“ links.)

Der Antrag **Huene**, welcher bestimmt, daß bereits bei einer 5 pCt. — statt 6 pCt. der Vorlage — übersteigenden Gesammtdividende eine Theilung des Restüberschusses zwischen Reichskasse und Antheilseigner zu drei Viertel und ein Viertel erfolgen soll, wird in namentlicher Abstimmung mit 110 gegen 94 Stimmen **abgelehnt**. Für den Antrag stimmen das Zentrum, die Polen, die Sozialdemokraten und der größte Theil der Konservativen und der Reichspartei.

Desgleichen wird der Antrag **Stolberg** mit großer Mehrheit gegen die Stimmen eines Theils der Konservativen abgelehnt.

Die einzelnen Paragraphen der Vorlage werden danach unverändert angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Dienstag 1 Uhr (freisinnige Anträge betr. Arbeitsbuch der Bergleute und betr. die Fleisch- und Viehzölle).

Schluß 5¾ Uhr.

Deutschland.

*** **Berlin**, 2. Dezember. In dem neuesten dem Reichstage heute zugegangenen **Weißbuche** über den Aufstand in Ostafrika ist gleich der erste Bericht, welchen der stellvertretende Kommissar v. Gravenreuth über die Lage an der Küste erstattet, von besonderem Interesse. Man erinnert sich, daß der Staatssekretär Graf Bismarck bei den Kolonialdebatten im Reichstage darauf hingewiesen hat, man müsse sich allmählich mit der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft über die Modalitäten verständigen, unter denen dieselbe ihre Thätigkeit in dem Küstengebiet wieder aufnehmen könne. Daß es erst einer Anregung der Regierung in dieser Hinsicht bedarf, ist nicht gerade ein besonders günstiges Zeugniß für die Umsicht, mit der die Geschäfte der Gesellschaft geleitet werden. Wenn es sich um Privatunternehmungen handelt, so würde die Regierung schwerlich in die Lage kommen, in dieser Richtung die Initiative zu ergreifen. Der Gravenreuthsche Bericht giebt dem Gedanken eine noch etwas schärfere Fassung, indem er bemerkt, die Gesellschaft werde ganz besonders ungeschickt verfahren müssen, wenn sie bei dem gegenwärtigen Zustande an der Küste keine Geschäfte machte. Daß der Reichskanzler eine derartige kritische Bemerkung offiziell dem Reichstage vorlegt, wird in den Kreisen der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft nicht gerade angenehm empfunden werden. Nur die Unthätigkeit der Gesellschaft läßt es begreiflich erscheinen, daß das Reichskommissariat um den mühsam wieder in Gang gebrachten Karawanenverkehr aufrecht zu erhalten, selbst Viehhandel betreibt und zwar, wie Herr v. Gravenreuth berichtet, mit Aussicht auf pekuniären Gewinn. — — Den Erwartungen, daß der Reichskanzler sich in der Frage des **Sozialistengesetzes** zu weiteren Zugeständnissen an die nationalliberale Auffassung herbeilassen werde, tritt die „Post“ heute in einem sehr originellen Artikel entgegen. Darnach zieht der Reichskanzler sich hinter den Bundesrath zurück, dessen Beschlüsse, wie man annehmen müsse, wohl erwogen seien und erwartet zunächst die Beschlüsse des Reichstages. Formell sind die Ausführungen der „Post“ natürlich unantastbar, aber wenn der Reichskanzler seine Weigerung, den nationalliberalen Forderungen gewisse Zugeständnisse zu machen, in dieser Weise wirklich begründet hat, so werden die Nationalliberalen nicht im Zweifel darüber sein können, daß der Reichskanzler in diesem Falle das zu thun sich weigert, was er in hundert Fällen zu thun bereit gewesen ist. Verhandlungen hinter den Coulissen und ohne Vorwissen des Bundesrathes bilden bekanntlich bei wichtigen parlamentarischen Verhandlungen nicht die Ausnahme sondern die Regel.

Alfred Meißner — Franz Hedrich.

Alfred Meißner, der Dichter des „Ziska“, der zwar bisher nicht als Klassiker galt, aber doch einen ehrenvollen Platz im Pantheon deutscher Dichtung eingenommen hat, ist vier Jahre nach seinem Tode als Betrüger von einem gewissen Franz Hedrich entlarvt worden. Die Angelegenheit hat in literarischen Kreisen viel Staub aufgewirbelt, da ein solcher Fall in der Literaturgeschichte noch nicht vorgekommen ist. Daß einmal ein französischer Romanschriftsteller einen Frauennamen auf seine seichten Erzeugnisse setzte, um dieselben abzusetzen, wird als Kuriosum erwähnt und wir finden dieses Vorgehen verächtlich. Was soll man aber sagen, wenn ein deutscher Schriftsteller sich die Werke eines anderen aneignet und sie als ureigenes Eigenthum ausgiebt? Räthselhaft ist es, daß Alfred Meißner Franz Hedrichs Romane unter seinem eigenen Namen veröffentlichte, das Honorar aber an Hedrich abführte. Und was veranlaßte Hedrich, jenem die Schriften abzutreten? Warum gründeten sie nicht ein Kompagniegeschäft, wenn sie nicht im Stande waren, einzeln vor die Oeffentlichkeit zu treten? Alfred Meißners unbändiger Ehrgeiz soll die Ursache gewesen sein, daß trotz Hedrichs Andrängen die Enthüllung unterblieb.

Hedrichs Anschuldigungen sind unerhört und man glaubt, einer boshaften Mystifikation gegenüber zu stehen. Prüft man jedoch Alfred Meißners Briefe und die Rechnungsablegung für Honorare an Franz Hedrich, so läßt sich gegen die Behauptungen des Letzteren nicht viel einwenden. Da finden sich genaue Vereinbarungen wegen des gemeinsamen Honorarbezuges von Werken, welche bisher als unbezweifelte Schöpfungen Meißners galten, Ausbrüche begeisterter Bewunderung für eingesandte Entwürfe und Beiträge Hedrichs für eben solche Werke. „Lemberger und Sohn“, „Die Kinder Roms“, „Feindliche Pole“, „Norson“, „Die Prinzessin von Portugal“, sollen Produkte dieser geheimen Kompagnie-Arbeit gewesen sein, ja einzelne Bände sollen außer dem Autornamen gar nichts oder fast gar nichts von Meißnerschem Eigenthum an sich tragen.

Mag man jedoch über Meißners Handlungsweise denken, wie man will, den Vorwurf der Gemeinheit wird Niemand Hedrich ersparen. Robert Byr, der Schwager Meißners, hat es unternommen, Meißner, wenn auch nicht zu rechtfertigen, so doch zu entschuldigen. Aus der Arbeit ersehen wir, daß Meißner in Folge von Hedrichs Drängen und Anpumpungen den Tod gesucht hat. Byr (Rittmeister Bayer, der bekanntlich viele Jahre gemeinsam mit Meißner in Bregenz lebte) erzählt in seiner Broschüre: „Am 21. Mai 1885, ungefähr um halb 7 Uhr Morgens, wurde ich von unserem Stubenmädchen Helene geweckt, das in das Schlafzimmer kam und mich hastig ansprach: „Herr Rittmeister, Sie möchten hinüberkommen — zum Herrn Doktor! Die Christine ist hier, der Herr Doktor muß unwohl sein — es ist Blut da!“ Ich fuhr bestürzt aus dem Bette. Einige Tage vorher war Meißner von einer Reise, die ihn über Innsbruck, Kufstein, München, Teplitz nach Berlin führen sollte, ganz unverhofft nach kaum viertägiger Abwesenheit Abends wieder zurückgekehrt. „Ich bin nicht wohl“, sagte er mir damals bei der Begrüßung, „ich fürchte, krank zu werden — einen Schlag. Mir flimmern Funken vor den Augen, ich fühle Schwindel.“ Doch war er ja noch am Abend des 20. Mai mit seinem Söhnchen und uns nach Lindau gefahren und hatte dabei ganz wohl ausgesehen, hin und wieder sogar anscheinend heiter geplaudert. So rasch ich konnte, eilte ich in Meißners Wohnung hinüber und fand im Vorhause des oberen Stockwerkes bereits meinen Schwiegersohn. Derselbe hatte noch nicht Zeit gefunden, in das Schlafzimmer zu treten, und als ich den Fuß in dasselbe setzte, fand ich Meißner in seinem Bette liegen, die Decke bis über das Kinn hinaufgezogen. „Was ist Dir denn, lieber Freund?“ fragte ich besorgt; aber schon, indem ich mich über ihn beugte und er den Kopf wendete, bemerkte ich Blut an seinem Halse. „Ich habe — ich habe — ich habe mich geschnitten“, sagte er stockend, „mit dem Rasirmesser — ich war so zornig.“ Und dann setzte er mit dem furchtbaren Ernste, der sich in seinen Zügen aussprach, hinzu: „Ich kann nicht mehr leben!“ Der rasch erschienene Arzt legte nach Vereinigung der Wundränder einen Listerschen Verband an und traf sonstige Maßregeln. Seinen eigenen Schreck bemeisternd, sprach er mit der herzlichsten Theilnahme Meißner zu und gab uns dann, ohne daß es dieser hörte, die tröstliche Beruhigung, daß es sich hier keineswegs um eine schwere Verletzung handle, daß keine Ader durchschnitten, der Blutverlust nicht sehr groß und die Vernarbung binnen wenigen Tagen zu gewärtigen sei, wenn sich Meißner nur in unbedingter Ruhe verhalte und sich aus seinen Vorstellungen herausreiße. Der Kranke selbst hatte einen Schluck Kaffee verlangt, einige Züge aus einer Zigarre gethan und versank bald darauf in Schlaf.“ Andern Tages gelang es durch vieles Zureden, Meißner zu einem Gespräche zu bewegen, worin er die Enthüllungen über sein Verhältniß zu Hedrich machte, die Byr in seiner Broschüre veröffentlicht hat. Byr bemerkt in seiner Broschüre: „Ich war des festen Glaubens, daß ich es hier mit einer Wahnvorstellung zu thun habe. Dieselbe Geschichte hatte er mir, ungefähr in denselben Worten, schon vor Monaten erzählt und auf seine Frage, was er thun solle, von mir den Rath erhalten, die Sache herankommen zu lassen, und wenn sie überhaupt komme, dem Angriffe festzustehen und sich muthig und gelassen zu vertheidigen.“ Meißner schloß aber seine Geständnisse mit dem Ausrufe: „Ich kann nicht kämpfen, ich bin sterbensmüde“. „Und Du hast, Freund,“ konnte ich mich nicht enthalten, bewegt auszurufen, „in Deiner Verblendung und in Furcht gejagt durch Deine eigene überhitzte Phantasie, den zweckwidrigsten Schritt gethan in Deinem Leben! Wird Dein Tod nicht erst eine Waffe in die Hand Deines Gegners geben, angenommen, daß er seine von Dir vielleicht übertrieben aufgefaßten Drohungen in der That verwirklichen will? Wird man nicht sagen: Gewissensbisse hätten Dich so weit getrieben? Deine Schuld, wie Du sie bekennst, ist nicht so groß, daß sie mit dem Tode gesühnt werden müßte. Wer ihm andere, schwerere Motive unterschiebt, den könntest Du nicht einmal mehr widerlegen!“ Groß, erstaunt, erschreckt sah er mich an, die Erkenntniß ging grell in ihm auf; nach einer kurzen Pause erst murmelte er zurücksinkend: „Es ist wahr — ich habe eine Dummheit gemacht!“ — „Zum Glück bist Du ja noch am Leben und Alles läßt sich gutmachen!“ fiel ich ein — „Wie denn? Ich bin zu Tod verwundet, nichts kann mich retten!“ Jetzt erst kamen wir dazu, ihm seinen Irrthum zu benehmen, auch die Voraussetzung, daß bereits Alles bekannt sei und nun doch die Wirkung auf die öffentliche Meinung dieselbe bleibe. Er war der festen Meinung, es müßte bereits Alles in die Oeffentlichkeit gedrungen sein. Ruhigere Stunden wechselten nun mit aufgeregten Momenten der Selbstanklage und der Verzweiflung; oftmals bat er dringend um eine Pistole oder ein Messerchen, um sein Leben enden zu können. Da nun die Verwandten sich außer Stande fühlten, den Kranken genügend zu überwachen, mußte der Entschluß gefaßt werden, ihn einer Heilanstalt zu übergeben. Am 28. Mai sollte Meißner in das Asyl Bellevue in Kreuzlingen bei Konstanz gebracht werden, am Abende vorher trat aber ein starkes Delirium ein, er verfiel dann in einen lethargischen Zustand, in welchem er am 29. Mai durch den Tod von seinen Leiden erlöst wurde.“

— Am Sonntag Vormittag hatte der Kaiser eine längere Unterredung mit dem Staatsminister v. Boetticher und dem Architekten Wallot. Nachmittags empfing der Kaiser die Kommandeure der Leib-Regimenter bezw. Leib-Kompagnien, um aus deren Händen die Militär-Monatsrapporte entgegenzunehmen. Zum Mittagsmahl um 1¼ Uhr hatten die kaiserl. Majestäten den Staatsminister v. Boetticher und den Reichstagsabgeordneten v. Helldorf eingeladen. Abends sahen die kaiserl. Majestäten den Oberhofmeister Freiherrn v. Mirbach nebst Frau Gemahlin, Frau v. Schell, v. Hobe Pascha und den Oberstlieutenant Freiherrn v. Bissing als Gäste bei sich zum Thee. Gestern wohnten der Kaiser und die Kaiserin der Eröffnungsfeier des neuerrichteten Museums für Naturkunde bei. Sodann fuhren die kaiserlichen Majestäten nach dem hiesigen königlichen Schloß, wo dieselben bis zum Abend zu verbleiben gedenken.

— Der Kaiser theilte während seiner Anwesenheit in Ohlau dem dortigen Regimentskommandeur mit, daß die braunen Husaren (Regiment v. Schill [1. Schles.] Nr. 4) in Ohlau und Strehlen bleiben.

— Die Kaiserin verweilte am Sonnabend Nachmittag mit der Prinzessin Friedrich Leopold längere Zeit im Stadtschlosse zu Potsdam, um mit derselben die Räumlichkeiten in Augenschein zu nehmen, welche der Prinz und die Prinzessin Friedrich Leopold nach ihrer demnächstigen Uebersiedelung vom Schlosse Glienicke während der Wintermonate bewohnen werden. Vormittags während ihrer Anwesenheit in Berlin besuchte die Kaiserin mehrere Geschäftslokale.

— Die „Post" führt heut aus, daß die Meldungen von einem angeblichen Versuch des Herrn v. Bötticher, den Reichskanzler bezüglich des Sozialistengesetzes umzustimmen, auf einer irrigen Auffassung der Stellung des Reichskanzlers in der Gesetzgebung beruhen. Derselbe könne an dem mit Zustimmung des Bundesraths und des Kaisers eingebrachten Gesetzentwurf nichts mehr ändern; der Reichstag habe sich jetzt zu äußern und die Kartellparteien hätten sich zu verständigen d. h. das Gesetz soll als dauerndes mit dem Ausweisungsparagraphen auch von den Nationalliberalen angenommen werden.

— Die landwirthschaftliche Unfallversicherung hat eine auffallende Vermehrung der berufsgenossenschaftlichen Betriebe sowohl als der Versicherten zur Folge gehabt. Die vom Reichsversicherungsamt dem Reichstage vorgelegte Nachweisung über die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1888 ergiebt 86 Berufsgenossenschaften mit 3396704 Betrieben und 9897428 Versicherten gegen 62 Berufsgenossenschaften mit 319453 Betrieben und 3861560 versicherten Personen im Jahre 1887. Die Gesammtausgaben für die 36 Berufsgenossenschaften beliefen sich auf 25668549,23 Mk. Davon entfielen auf gezahlte Entschädigungsbeträge 8705648,85 Mk., auf laufende Verwaltungskosten 3486729,13 Mk. und auf Rücklagen für den Reservefonds 12325379,21 Mk. Diesen Ausgaben standen an effektiven Einnahmen gegenüber 29730033,35 Mk., so daß nach Abzug der gedachten und der sonstigen Ausgaben ein Ueberschuß von 4297756,08 Mk. verblieb. Die laufenden Verwaltungskosten der gewerblichen Berufsgenossenschaften, auf den Kopf der versicherten Personen berechnet, gestalteten sich bei den einzelnen Genossenschaften sehr verschieden. Sie bewegten sich zwischen 0,23 Mk. (Sächsische Textil-B.-G.) und 4,01 Mk. (B.-G. der Schornsteinfegermeister). Es wäre jedoch verfehlt, so bemerkt hierzu die „Voss. Z.", allein aus der geringern oder größeren Höhe des Verwaltungsaufwandes einen Schluß für oder wider die Wirksamkeit der betreffenden Genossenschaften zu ziehen. Denn einmal hängt die Höhe der laufenden Verwaltungskosten nicht nur von der Zahl der versicherten Personen, sondern auch von der größeren oder geringeren Gefährlichkeit der einzelnen Gewerbszweige, der Ausdehnung und Eintheilung und anderen Besonderheiten der Genossenschaften ab. Dann aber bewirkt oft ein kleiner Mehraufwand für Beschaffung eines guten Verwaltungsapparats große Ersparnisse in den sachlichen Ausgaben. Gerade in diesem Punkt befolgen manche Genossenschaften noch immer das Prinzip der falschen Sparsamkeit.

— Nach Meldungen katholischer Missionare sollte der König Muanga wieder in sein Reich als Herrscher eingezogen sein, während englische Berichte meldeten, die Unruhen im Lande dauerten fort, die Missionare seien vertrieben, der neue König Kilema habe seine Geschwister verbrennen lassen und Muanga habe sich auf einer Insel verschanzt. Die letzteren Mittheilungen bedürfen dem „Westf. Merkur" zufolge der Richtigstellung. Die Revolution, bei welcher die Missionare vertrieben wurden, fand bereits im November 1888 statt; seitdem war Bischof Livinhac mit den Seinen flüchtig. Der Nachfolger Muangas hieß Kiwema (also nicht Kilema); er starb aber bald an den Folgen der ihm aufgezwungenen Beschneidung. Sein Nachfolger war Karema, der seine Brüder und Schwestern verbrennen ließ und so tyrannisch herrschte, daß es Muanga mit Hilfe der Christen gelang, sein Reich wieder zu erobern. Bereits im August gehörte nach P. Schyuses Briefen das ganze Land mit Ausnahme der Hauptstadt ihm. Diese wird ihm inzwischen wahrscheinlich auch zugefallen sein. P. Lourdel ist mit den weißen Vätern bereits wieder nach Uganda zurückgekehrt. Daß die englischen Nachrichten auf einem Mißverständnisse beruhen, geht daraus hervor, daß Muanga vor einem Jahre sich auf eine Insel rettete, dann aber zu Bischof Livinhac floh. Er hatte sogar eine Zeit lang die Absicht, nach England zu reisen.

— In einem dem „B. T." zur Verfügung gestellten Brief eines Matrosen von der Kreuzerkorvette „Carola" vom 27. Oktober d. J. heißt es:

„Wir sind heute nach vierwöchentlichem Aufenthalte in Bagamoyo an Bord zurückgekehrt. Seit mehreren Wochen ist hier der Aufstand wieder in vollster Blüthe. Die Wißmannsche Truppe sah sich veranlaßt, von Neuem gegen die Rebellenführer vorzugehen. Sie mußte zu diesem Zweck ihre Stationen verlassen und nach dem Innern aufbrechen, weil die Rebellen es hauptsächlich darauf abgesehen haben, die Karawanenstraßen zu besetzen und die Karawanen zu überfallen. Unsere Aufgabe war es nun, die von der Wißmannschen Truppe verlassenen Stationen zu besetzen. Die Kreuzerkorvette „Carola" besetzte Bagamoyo mit 2 Offizieren und 56 Mann, unter denen auch ich war; Bueny wurde mit einem Offizier und 25 Mann von der „Carola" und mit 20 Mann von der „Schwalbe" besetzt. Die „Schwalbe" besetzte auch Dar-es-Salaam mit einem Offizier und 30 Mann. Zwischen uns und den Rebellen ist es zu keinem ernsten Gefecht gekommen, weil sie uns wohlweislich mieden, denn vor den „weißen Seeräubern", wie sie uns zu nennen pflegen, haben sie zu viel Respekt. Am 3. Oktober traf ein Bote vom Lieutenant v. Gravenreuth ein mit der Nachricht: „Befinde mich acht Tagereisen weit in der Richtung nach dem Kilimandscharo, bitte sofort um Munition". Jetzt war guter Rath theuer. Den Lastträgern konnten wir die Munition nicht anvertrauen und Wißmanns Soldaten waren nicht zur Stelle. So mußten denn 25 Freiwillige als Begleitungseskorte von uns mit; ich war auch einer von den Glücklichen. Am 4. Oktober Morgens machten wir uns auf, wir waren 1 Offizier, 20 Mann und 30 Lastträger. Unser Anzug war: weiße Hosen, blaue Blusen, Tropenhut mit Mückenschleier, weiße Schuhe, Gamaschen, eine Netz-Hängematt, darin eine wollene Decke, eine wasserdichte Unterlage, ein Moskitonetz. Dieses Alles wird auf dem Rücken getragen, wie der Mantel der Infanterie, eine wollene Leibbinde, Hirschfänger, Feldflasche, Brotbeutel mit 30 Patronen, in der Patronentasche noch 20 Patronen, und im Magazin 8 Patronen, ein ganz nettes Gepäck. Unseren Proviant trugen die Lastträger. Wir marschirten von 4 bis 9 Uhr früh, hatten dann Ruhe bis 4 Uhr Nachmittags und marschirten wieder von 4 bis 7 Uhr. Die ersten drei Tage gingen ohne Hindernisse vorüber. Am vierten Tage stießen wir auf feindliche Neger, eine Bande von 200 bis 250 Mann. Es kam zu einem kleinem Scharmützel. So wie die ersten Schüsse auf uns fielen, pflanzten wir das Seitengewehr auf, fällten das Gewehr, gingen mit Hurrah bis auf 500 Meter an den Feind und gaben zehn Patronen Magazinfeuer. Die Neger suchten durch die Flucht das Weite, von unseren Leuten hatte Einer einen Streifschuß bekommen; wie viel auf Seiten der Neger gefallen, war nicht zu ermitteln, weil sie ihre Todten und Verwundeten mitnahmen; nach unserer Beobachtung sind aber mindestens 50 bis 70 Mann gefallen. Wir haben eine gute Beute gemacht, eine Heerde Rindvieh und allen möglichen Kram dazu. Ich habe eine Kriegstrommel, Pfeil und Bogen und drei Speere erbeutet. Am nächsten Tage setzten wir unseren Marsch fort. Am fünften Tage erblickten wir die ersten Elephanten, machten Jagd darauf, konnten aber keinen erlegen. Am 11. Oktober stießen wir endlich auf Gravenreuths Truppen, todtmüde, und die Beine fast alle wund gelaufen. Wir hatten hier zwei Tage Ruhe, die uns auch sehr nöthig war, denn das Marschiren ist hier nicht so, wie bei uns in Deutschland. Am 14. Oktober traten wir, frisch und munter, nachdem wir uns ordentlich gestärkt hatten, unsere Heimreise an, dieselbe verlief ohne allen Unfall."

Fr. Rechtsanwalt Dr. Harmening wegen Beleidigung des regierenden Herzogs Ernst II. von Sachsen-Koburg-Gotha auf der Anklagebank.

(Unbefugter Nachdruck verboten.)

Weimar, den 2. Dezember 1889.

Ein Prozeß von hoher politischer Bedeutung gelangte heute vor der zweiten Strafkammer des Großherzoglich Sächsischen Landgerichts zur Verhandlung. Bekanntlich erschien im Frühjahr dieses Jahres im Verlage von Richard Wilhelmi in Berlin eine Broschüre, die sich: „Auch ein Programm aus den 99 Tagen" betitelte. Obwohl der Verfasser auf der Broschüre nicht angegeben war, so erregte letztere dennoch allgemeines Aufsehen. In dieser Broschüre wird u. A. behauptet: „Die englische Politik sei bestrebt gewesen, nach dem Tode Kaiser Wilhelms I. die Kräfte Deutschlands zu besitzen und die Macht Rußlands zu zerstören. Um dieser Ziele willen hätte die Führung der Geschäfte Deutschlands nicht in der Hand des Fürsten Bismarck bleiben können. Man habe deshalb in erster Reihe den Fürsten Bismarck von dem Steuer zu verdrängen gesucht, das Weitere würde sich gefunden haben. Die Aufrichtung eines neuen deutschen Welfenstaates und in Verbindung damit die Gründung einer neuen, aus Welfen, Zentrum und Freisinn bestehenden parlamentarischen Majorität und ferner die Abtretung von Elsaß-Lothringen an Frankreich, um alle Differenzen zwischen Deutschland und Frankreich hinwegzuräumen, dies Programm sei lange vorhanden gewesen, ehe Kaiser Friedrich zur Regierung kam; dieser Monarch selbst habe es aber am wenigsten gekannt." Ferner heißt es in der Broschüre: Der Freisinn habe mit Sicherheit erwartet, unter der Herrschaft des Kaisers Friedrich ans Ruder des Staates zu kommen. Die langgehegten Hoffnungen und die ungezählten Hintertreppenläufe seien aber durch die Krankheit des Kronprinzen schwer geschädigt worden, es sei deshalb beim Thronwechsel rasches Handeln erforderlich gewesen. Zahlreiche Kräfte innerer und äußerer Kreise hätten sich in dem Wunsche vereinigt, die bisherige Führung Deutschlands abzustellen. Sehr verschiedene Potenzen seien am Werke gewesen, dem deutschen Volke eine neue Zukunft zu sichern. Diese Kräfte hätten sich nicht nur parlamentarisch, sondern auch diplomatisch und international zusammengesetzt; einerseits hätten sie sich in der Absicht vereinigt, die Stellung des deutschen Reiches im europäischen Konzerte zu verändern, andererseits wären sie sich in der Ueberzeugung begegnet, daß die oppositionellen Parteien des Reichstags durch neue Gruppirung zur Herrschaft gelangen müßten. Das erste Ziel dieser Konspiration sei auf den Sturz des Fürsten Bismarck gerichtet gewesen, der erste Artikel des Programms habe gelautet: „Fort mit Bismarck". Hierbei sei der freisinnigen Presse die Rolle zugefallen, den Feldzugsplan gegen den Fürsten, mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Deutschland zu besorgen, um ohne jeden Schein des bösen Willens, lediglich als eine Folge unglückseliger Umstände, den Abgang des Reichskanzlers herbeizuführen. Zunächst sei die Battenbergsche Heirathsangelegenheit eingefädelt worden. Sowie nur die Nachricht von dem Plane auftauchte, hätten die freisinnigen Blätter wie auf Kommando alle ihre Anstrengungen dahin gerichtet, Jedermann zu überzeugen, daß es dem Reichskanzler nicht gestattet werden könne, sich wie früher bei Lebzeiten Kaiser Wilhelms, in häusliche Verhältnisse dieser Art einzumischen Da aber dem Reichskanzler fern gelegen habe, Seiner Majestät dem Kaiser ungefragt Rathschläge über die Verheirathung der Prinzessinnen zu ertheilen, seien die erwarteten Friktionen nicht eingetreten. Nun sei der Besuch der Königin von England, welche von jeher dem Fürsten Bismarck wenig Sympathie entgegen gebracht habe, in Szene gesetzt worden. Die Kreise des Freisinns und seiner Beziehungen hätten erwarten können, daß das an den Reichskanzler zu stellende Ansinnen größerer Annäherung Deutschlands an England, eine schöne Gelegenheit für ihn abgeben würde, sein Portefeuille niederzulegen.

Andere Personen hätten zu der Reise gerathen, der Freisinn aber sei in einen ganz merkwürdigen Jubel über den Besuch ausgebrochen. Allein der englische Brauch des ministeriellen Geschäftsganges habe die Königin vor jedem unrichtigen Schritt bewahrt. Als dritte Staatsaffaire sei die Komödie gefolgt, welche in der Wahlbeeinflussungs-Angelegenheit vom Freisinn gegen den Minister v. Puttkamer unternommen worden sei. Letzterer sei auch durch den Einfluß der freisinnigen Partei gestürzt worden, doch könne die Entlassung nicht als ein ganz freier Akt der Krone bezeichnet werden. Die Untersuchung des Herganges bleibe der Nachwelt vorbehalten, allein ohne Unterschiebungen sei es damals nicht abgegangen. Die Rolle, welche man Männern der freisinnigen Partei bei der Sache zugetheilt habe, sei selbst von den freisinnigen Blättern im Wesentlichen nicht widersprochen worden. Der Tod des Kaisers sei so schnell eingetreten, daß Fürst Bismarck zu der Enthebung seines Amtsgenossen nicht mehr habe Stellung nehmen können. Wie sich schließlich herausgestellt, habe der Freisinn bei den verschiedenen Feldzügen gegen den Reichskanzler nur die Rolle der Wand im „Sommernachtstraum" zu spielen gehabt. Dem Freisinn habe aber bei seinen Beziehungen auch nicht verborgen bleiben können, daß er in den auswärtigen Fragen mehr den Interessen Englands und Frankreichs zu dienen berufen sein sollte. Der Freisinn habe sich auch deshalb durch kein Programm die Hände gebunden. „Daß es aber in dem Augenblicke, wo die Freisinnigen den Sturz des Fürsten Bismarck endlich erreichen zu können glaubten, an Programmen in der allermerkwürdigsten Art in Europa nicht fehlte, war klar, und so erhielt denn der deutsche Freisinn auf dem Wege der Programmlosigkeit ein Programm von allerschönster Farbe. Die Freundschaft und Annäherung, welche während der Regierung von 99 Tagen zwischen Richter und Windthorst stattgefunden hat, ist Jedermann bekannt. Die Welfenpartei wäre ohne Zweifel zu der Ehre gelangt, in die regierungsfähige Majorität aufgenommen worden zu sein. Daß der Regent von Braunschweig die Abberufungsordre erhielt, war eine Sache, die täglich ohne Schwierigkeit durchgesetzt werden konnte. Alsdann war einer billigen Lösung der hannöverschen Frage die Bahn geebnet. Man würde nicht die Zurückgabe von ganz Hannover verlangt und zugestanden haben. Selbst ein freisinnig-welfisches Ministerium würde heute nicht mehr geleugnet haben, daß eine nochmalige Auseinandersprengung der östlichen und westlichen Gebiete dem Staate Preußen nicht mehr gut zugemuthet werden könnte. Das Königreich der Welfen konnte eine anderweitige Arrondirung erhalten. Beide Führer der hierbei betheiligten Parteien würden sich gern als billige Beute ausgewiesen haben. Auch hätten sie gewiß bereitwillig sich auf eine Stellung des Welfenstaates innerhalb der bestehenden Bundesverfassung nach Analogie von Bayern und Sachsen eingelassen. So wäre dem Reiche geworden, was des Reiches war; aber die Kombination der Parteien hätte dem Freisinn die entsprechende Stärke im Reichstage verliehen, die er bei unbeeinflußten Wahlen längst haben sollte. Mittelst der neuen Majorität wäre man in der Lage gewesen, das bis jetzt fehlende Programm zu enthüllen.

„Welches Füllhorn des Glückes und der Freiheit wäre über Deutschland ausgegossen worden! Unter den Ideen, welche in den intimen Kreisen bereits lancirt worden sind, war auch die, daß es das Beste und Einfachste wäre, die Wiederherstellung der Frankfurter Grundrechte von 1849 zu versuchen. Abschaffung des Adels und vor Allem die Beseitigung der Fideikommisse würden einen würdigen Schlußpunkt der neuen Gesetzgebung gebildet haben. Ueber die Militärfrage würde fürs Erste der Mantel der Liebe und des Friedens gebreitet worden sein. Man mochte dem Sieger von Königgrätz und Wörth nicht zu viel auf einmal zumuthen. Daß dagegen alle sonstigen Kleinigkeiten, welche zu dem Register der unerfüllten Wünsche des Freisinns gehörten, wie etwa die Abschaffung der Todesstrafe u. s. w., rasch bewilligt worden wären, dies durfte der Freisinn als eine vermöge seiner „intimen Beziehungen" abgemachte Sache betrachten. Die neugebildete Majorität hätte eine Zeit der fruchtbarsten und kühnsten Weltverbesserungen herbeigeführt — und Alles dies um dies bischen Braunschweig — Hannover. —

„Wie weit die Mittheilungen der freisinnigen Zeitungen von der stetigen Besserung des Kaisers Friedrich das Zentrum zu der neuen Allianz bestimmten, bleibt ungewiß, und unsicher ist es auch, ob die Bedingungen der Allianz protokollarisch festgestellt wurden. Die Freisinnigen werden sich übrigens nach Allem, was geschehen ist, künftig sehr zu hüten haben, dem Zentrum unbequem zu werden, denn von der Aufrichtigkeit desselben könnte man leicht erwarten, eines Tages bedenkliche Aufklärungen über die „intimen Beziehungen" des Freisinns während der 99 Tage zu erhalten. Wenn einstens genauere Enthüllungen über diese freisinnigen Allianzanerbietungen vorliegen sollten, so wird man dann mit Staunen erfahren, daß die Partei eigentlich doch auch ein sehr festes Programm hatte, und zwar ein solches, welches ohne Hoch- und Landesverrath und ohne die offene Verhöhnung jedes ehrlichen deutschen Gedankens nur nicht öffentlich bekannt gemacht werden konnte. —

„Man wird ja einstens die ganze Tragödie der Regierung von 99 Tagen aktenmäßig beschreiben, und es wäre wahrscheinlich schon heute viel leichter, als es dem Freisinn lieb wäre, die Akten aller Hintertreppen zu veröffentlichen, auf welchen die innere und äußere Politik auf- und niederstieg. Aber man wird sich vermuthlich gesagt haben, daß wir nicht mehr in den Zeiten Shakespearescher Königsdramen leben und daß es daher besser ist, die aufgeregte Phantasie nach Kräften zu beschwichtigen.

„Dennoch wird man darüber zu wachen haben, daß die Märchen, welche der Freisinn zu erzählen weiß, nicht das Gewissen des Volkes und seiner Wähler zu beirren und zu bestricken vermöchten. Zu diesem Zwecke wird mit der bloßen Ableugnung der freisinnigen Legende nicht Alles gethan sein. Die Freisinnigen sind entschlossen in dem Stamme der Hohenzollern einen angeblichen Gesinnungsgenossen besitzen zu wollen, sie wollen behaupten, daß es eine Zeit gegeben hätte, wo ihre Gesinnungen und Ansichten vom Throne herab gebilligt worden seien. Dem gegenüber reicht es nicht aus, zu sagen: Nein! Der Kaiser war nicht ihrer Meinung. Man muß es positiv aussprechen, durch welche Umstände der Freisinn zu seinem vermessentlichen Glauben gelangt ist und welche Mittel in Anwendung gebracht worden sind, um den Schein eines Einverständnisses mit dem „Programm" hervorzubringen.

„Die Ziele der Partei, welche sich an den Kaiser Friedrich herandrängte, waren ihm so geschickt verborgen worden, daß dieselbe noch immer von Beziehungen zu reden vermag, deren Vorhandensein die größte Demüthigung des kaiserlichen Dulders bedeuten würde. Denn Welfenpläne und elsässischen Landesverrath für Gegenstände auszugeben, mit denen sich ein Hohenzoller beschäftigt haben könnte, dies ist fürwahr ein Fälschungsversuch, über welchen man das Verdikt getrost dem deutschen Volke überlassen kann.

„Wenn irgend ein patriotisches Herz im deutschen Volke über den Werth dieses Freisinns getäuscht werden könnte, so wäre es nur, weil diese Männer geschickt zu verschweigen gewußt haben, was sie denn wollten und beabsichtigten. Heute aber ist durch eine Reihe von ungeheuren schmerzlichen Ereignissen der Schleier gelüftet; man weiß jetzt, daß auch der Freisinn ein politisches Programm besaß, aber freilich ein solches, zu welchem sich nur derjenige Deutsche bekennt, der nie ein Vaterland hatte oder dem es völlig abhanden gekommen ist."

Diese Brochüre veranlaßte den Rechtsanwalt Dr. Harmening in Jena, eine Gegenbroschüre zu schreiben. Letztere erschien im Mai d. J. im Verlage v. J. G. Findel in Leipzig unter dem Titel: „Wer da?" „Eine nöthige Frage als Antwort auf einen unnützen Angriff." Dr. Harmening bezeichnet alle in der Broschüre gegen die freisinnige Partei aufgestellten Behauptungen als Verleumdungen. Er sagt unter Anderem: „Der heuchlerische Apologet des Kaisers Friedrich und Tödter des Drachens Freisinn steht in Nichts über dem Niveau der mittelmäßigen nationalliberal-konservativen Flugblattschreiber vom Jahre 1884. Auch diese gebrauchten den simplen Kniff, aufzuzählen, gegen welche Gesetze und Einrichtungen der Fortschritt und der Freisinn gestimmt hätten, und zu verschweigen, welche Gründe für die Haltung gegeben waren. Daß dieser Kniff — obgleich schon oft mit dem richtigen Ausdruck gekennzeichnet — immer noch verfangen soll und will, ist ein Symptom für das Chronisch-Gewordensein der Unwissenheit, ja Verstocktheit, und zwar beim Autor wie bei seinem lenksamen Leser. In der That ist die Broschüre ihrem Wesen nach auch nur ein Wahlflugblatt der Kartellbrüder vom Deutschen Reiche. Von Zeit zu Zeit, wenn der offiziösen Presse der Schmutz ausgeht, um damit gegen die freisinnige Partei zu werfen, begnügt man sich mit lockerem Sande. Eine Hand voll davon ist überall leicht zu finden. Die Freundschaft und Annäherung zwischen Richter und Windthorst braucht „man" nur zu behaupten, um alsbald hunderttausend Eideshelfer zu haben, welche auf die Richtigkeit dieser Behauptung einen Schwur leisten: Leicht fertig ist „man" mit dem Wort: „Die Freundschaft und Annäherung, welche während der Regierung von 99 Tagen zwischen Richter und Windthorst stattgefunden hat, ist Jedermann bekannt." Das ist so eine Hand voll Sand — ehe sie aus den Augen gerieben ist, folgt ein zweiter, dritter Wurf nach." Und die Tragweite der Urheberschaft? Jedenfalls konnte sie am wenigsten die sein, daß man zu der feindlichen Broschüre schwieg. Ich kann nur wiederholen, was ich schon in einem öffentlichen Vortrage erklärt habe: Mit der Kenntniß der Verfasserschaft wird meine Entrüstung nicht geringer, sondern größer, und ich habe für das Machwerk selbst keine andere Beurtheilung, als ich sie gegenüber einem sonstigen Privaten haben würde. Es ist damit denn auch die hohe Bedeutung der Broschüre erwiesen. Wir sind dann im deutschen Reiche dahin gekommen, daß ein regierender Fürst, ein deutscher Monarch den bisher nur von der beeinflußten Kartellpresse in verbitternder Weise geführten Kampf gegen die freisinnige Partei aufgenommen hat — ja ein deutscher Bundesfürst! Diese hohe Bedeutung ist in noch einem anderen Sinne auch von der freisinn-feindlichen Anhängerschaft des herrschenden Systems erkannt worden. Vor mir liegt eine gegnerische Zeitung, in der es heißt: „Wenn wirklich Herzog Ernst der Verfasser oder auch nur einer der Inspiratoren der Schrift ist, so erhält dieselbe eine geradezu hervorstechende Bedeutung;

ein deutscher Bundesfürst gebietet über Nachrichten, welche nicht Jedermann zu Gebote stehen; und insbesondere über die Bestrebungen mancher englischen Kreise, von denen in der Schrift die Rede ist, könnte gerade der mit dem englischen Hofe nahe verwandte Herzog unterrichtet sein." Möge der englische Hof seinem nahen Verwandten Dank wissen! Ich habe für den englischen Hof keine Rechenschaft zu fordern, der Herr Herzog ist deutscher Schriftsteller, ich bin's auch, nicht mehr, nicht weniger. Ich fühle mich aber auch als politischer Gegner des Herzogs; ich bin liberal-demokratisch oder demokratisch-liberal — wie man's zu nennen belieben will — er ist dies jedenfalls nicht, am wenigsten „halb und halb". Lediglich als Schriftsteller und Gegner rechten wir mit einander, und da diene ich Ihm zur Aburtheilung über seine Schrift mit seinen eigenen Worten. Er hat über die Deutschfreisinnigen und ihre intimen Beziehungen Thatsachen behauptet und verbreitet, welche bestimmt und geeignet sind, die Betroffenen verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Man sollte mit Fingern auf jeden Freisinnigen weisen, das wollte er durchsetzen. Und das Alles unter dem Deckmantel der Anonymität. Der deutsche Freisinn braucht den Herausruf des Patriotismus nicht zu scheuen. Vor dem echten Patriotismus sinkt die Fabel von selbst in den Staub, welche erfunden wurde, um deutsche Herzen zu bethören. Man wird jetzt wissen, was von dem ganzen Stücke zu halten ist, welches ein anonymer Literat dem deutschen Volke auf den Leib schreiben wollte, von dem Stücke, welches bis zum letzten Worte die Leidenschaften von Deutschen gegen Deutsche wach ruft und eine Nation gegen die andere verhetzt. Wohl erinnern wir uns noch der Schmach, als gute Landeskinder in den englischen Dienst verkauft worden sind, um auf fernen Schlachtfeldern zu sterben. Aber diese Erinnerung, welche Stimmung gegen England erwecken soll, ist eine sehr zweischneidige. Wir denken bei diesen Handelsgeschäften an beide Theile, nicht bloß an den Käufer, sondern auch an den Verkäufer. Und England kaufte nur fremde Kinder, ein deutscher Fürst verkaufte aber seine eigenen." — Aus Anlaß dieser nur in kurzen Auszügen angedeuteten Broschüre hat sich heute R.-A. Dr. Harmening wegen Beleidigung des regierenden Herzogs Ernst II. von Sachsen-Koburg-Gotha vor Eingangs bezeichnetem Gerichtshofe zu verantworten. Inkriminirt sind laut Eröffnungsbeschluß folgende Stellen:

1. „Ja, der moderne Tartüff versteht sich nicht bloß aufs Flunkern und Verdrehen, er versteht auch das „calumniare audacter."

2. „Wie, hörte ich Pfui! rufen?

3. „Ein Vergleich, der fürwahr auf den Fall ebenso paßt, wie ein Fürstenhut auf das Haupt des ....

4. „Versucht es ja nicht, dessen Charakter und Empfindung zu beflecken, Ihr könntet um etwas spielen, was Euch lieber scheint, als Eure Ehre!"

5. „Ab von solcher „Minirarbeit", von den hämischen Seitenblicken des ....

6. „Bei ihm ist die Wahrheit des Satzes „semper aliquid haeret" die einzig geübte."

7. „Aber in diesem Wahnwitz liegt Methode — die Methode tückischer Bosheit."

8. „Und weil verleumderischer Klatsch stets williges Ohr findet, so darf er immer dreister werden."

9. „Hören wir die böse Zunge weiter: Ja, wenn irgendwo, so entpuppt sich hier Tartüff noch als Mephistopheles, und es fand sich bislang kein deutscher Faust, welcher das Pfui über Dich! rief."

10. „Die Schrift: „Auch ein Programm aus 99 Tagen" sei eine von Anfang bis zu Ende mit rein erfundenen Verdächtigungen mit handgreiflichen Unwahrheiten operirende Verleumdungsschrift."

11. „Fragte man nach den Beweisen" dieser Behauptungen, „so erfuhr man höchstens geheimnißvolle Redensarten, welche den Gegnern lediglich die Handhabe bieten mußten, den Vorwurf eitler Lügenhaftigkeit gegen jene Darstellungen zu erheben."

12. „Das will ich denn hiermit gethan haben." — „Getreu dem Vorsatze: Wo Du eine Lüge findest, die dich bedrückt, da vernichte sie."

13. „Noch mehr die Heuchelei, denn sie ist eine doppelt destillirte Lüge, eine Lüge in der zweiten Potenz." — Der angeklagte Rechtsanwalt Dr. jur. Harmening heißt mit Vornamen: Ernst Karl Julius. Er ist am 28. Januar 1854 in Bückeburg geboren. Er ist Inhaber des Ritterkreuzes zweiter Abtheilung des großherzoglich sächsischen Hausordens der Wachsamkeit oder vom weißen Falken und des Ritterkreuzes dritter Klasse des Hausordens des fürstlich Lippe'schen Gesammthauses. —

Der Prozeß bildet in hiesiger Stadt schon seit längerer Zeit das Hauptgesprächsthema aller Bevölkerungskreise.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Provinz Posen
und den Nachbarprovinzen.

□ **Bomst**, 30. Novbr. [Einführung.] Gestern wurde hierselbst der neue Geistliche der Parochie Herr Jurek aus Wongrowitz feierlich empfangen und in sein neues Amt eingeführt.

ff **Aus dem Kreise Bomst**, 30. Novbr. [Fortgelaufene Pferde. Obrafluß-Regulirung.] Am 27. d. Mts., Abends gegen 5 Uhr, hielt sich der Eigenthümer Pietrowski aus Górsko, hiesigen Kreises, auf seiner Rückreise von Wollstein kurze Zeit bei dem Lehrer in Wroniawy bei Kiebel auf. Er hatte einen leeren Leiterwagen mit zwei Pferden vor der Thür des Schulhauses auf der Fraustadt-Wollsteiner Chaussee stehen lassen, als er jedoch — nach ¼ Stunde die Reise fortsetzen wollte, fand er weder Wagen noch Pferde vor. Letztere waren mit dem Wagen fortgelaufen und sind bis heute nicht gefunden. — Die Regulirung des sogenannten (alten Mühlen-) Obraflusses zwischen Fehlen, Altkloster und Mauche, hat schon zu vielen Beschwerden Anlaß gegeben. Bald war es die zu große, dann wieder die zu geringe Wassermenge, die er spendete. Räumungen des Flußbettes halfen auch nicht zum gewünschten Ziel. An den beiderseitigen Ufern standen stellenweise Weiden und Schilf. — Zufolge Anordnung der Administration der Obrafluß-Regulirung sollen sowohl die Weiden wie das Schilf entfernt werden. Den betreffenden Ufer-Besitzern entsteht hierdurch ein namhafter Verlust. Die endgiltige Entscheidung über den streitigen Punkt werden wohl die höheren Verwaltungsgerichte treffen.

O **Wreschen**, 1. Dezember. [Aus der Stadtverordneten-Sitzung. Vergnügen. Verschiedenes.] Für die an der hiesigen höheren Töchterschule eingetretene Rektorvakanz sind bis jetzt über 40 Meldungen eingegangen. Die Stadtverordneten haben nunmehr beschlossen, in dieser Woche die Rektoren Dr. Klein aus Waldenburg in Schlesien und Weymann aus Bromberg zur Ablegung einer Lehrprobe zu berufen; die Töchterschule steht unter der Inspektion des Kreisschulinspektors Pfarrer Bock. Gleichzeitig wurden dem Stadtverordneten-Kollegium behufs Neubau der Töchterschule zwei Projekte vorgelegt und zwar eines von dem bisherigen Besitzer der Töchterschule Herrn Radziejewski, das andere von dem Bauunternehmer Rauhudt. Es wurde beschlossen, für ein Jahr die qu. Schule noch in den alten Räumen zu belassen und nach dieser Zeit eine endgiltige Entscheidung für den Neubau zu treffen. — Gestern Abend beging der hiesige Männer-Turnverein sein erstes Wintervergnügen im Saale des „Schwarzen Adlers", bestehend in Konzert, Dilettantenvorträgen und Tanz. Der Verein, der nunmehr zwei Jahre besteht, zählt 35 Mitglieder; zum Vorstande gehören die Herren Maschinenmeister Gärtner, Lehrer Cohn, Sekretär Bennewitz, der Turnwart Assistent Krause resp. Lehrer Dünnebier und der Zeugwart Registrator Hoppmann. — Laut Bericht der Kreissparkasse vom 20. v. M. betrug die Einnahme 17 602,60 M., die Ausgabe 12 035,37 M.; mithin der Bestand 5567,23 Mark; zum Kuratorium derselben gehören die Herren Petrick, Eulenfeld und Rauhudt.

Lokales

Posen, 3. Dezember.

* **Ueberfahren** wurde gestern Vormittag eine Frau aus Jersitz an der Ecke der St. Martin- und der Bismarckstraße durch einen Rollwagen. Sie hat innerliche Verletzungen erlitten und mußte in einer Droschke nach ihrer Wohnung geschafft werden. Ueber den Kutscher oder Eigenthümer des Fuhrwerks vermochte sie keinerlei Angaben zu machen.

* **103 Bettler** sind im verflossenen Monat in unserer Stadt zur Haft gebracht worden. Darunter befanden sich 5 Landstreicher.

* **Verhaftung.** Gestern ist eine Frauensperson von der Fischerei zur Haft gebracht worden, welche 2 Männer angestiftet hatte, einem Zahlmeister a. D. die Uhr aus der Tasche zu stehlen. Den frechen Dieben gelang es leider zu entfliehen.

* **Aus dem Polizeibericht.** Verhaftet: 2 Bettler, ein Dienstmädchen aus der Breslauerstraße wegen Diebstahls, und ein Maurer wegen Sachbeschädigung. — Aufgefunden wurden gestern 2 mittelgroße Schweine am Chausseegraben hinter dem Kalischerthor. — Gefunden: ein Sack mit verschiedenen Kleidungsstücken auf der Dominikanerwiese, 8 Shlipse und ein seidenes Halstuch unter der Rinnsteinbohle vor dem Grundstücke Breslauerstraße Nr. 14, ein Shlips in der Breitenstraße, ein Handwagen in der Dammstraße und ein Taschenmesser im Postgebäude in der Wilhelmsstraße.

Telegraphische Nachrichten.

Pest, 3. Dezember. (Abgeordnetenhaus.) Berathung des Etats für das Ministerpräsidium. Tisza weist die Angriffe der Opposition zurück und bekämpft den Schlußantrag der äußersten Linken auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Inartikulirung der Eidesformel für Minister; er bezeichnete es als unpatriotisch, daß die äußerste Linke seine Erklärungen hinsichtlich der Pariser Ausstellung absichtlich falsch interpretirt habe. Der Minister fügte hinzu, er bedauere der Opposition nicht so bald seine Demission in Aussicht stellen zu können. Horvath von der Rechten konstatirt, daß die Majorität von der Ministerkrisis absolut keine Kenntniß gehabt habe. Es sei Wunsch der Opposition lediglich die Aufregung in Permanenz zu erhalten und die Reformarbeiten und jedes unbefangene Urtheil über dieselben unmöglich zu machen.

Paris, 3. Dezember. In der Kammer interpellirte gestern Hubbard die Regierung in Betreff Brasiliens. Spuller erwidert, die Ordnung sei nicht gestört, die Regierung habe die Wahrung aller Interessen und die Respektirung aller Verpflichtungen zugesichert. Die Regierung habe sich mit dem diplomatischen Vertreter Frankreichs in Verbindung gesetzt; letzterer habe Befehl erhalten, die guten Beziehungen, die er mit der kaiserlichen Regierung unterhalten habe, auch mit der jetzigen fortzusetzen. Die neue brasilianische Regierung habe dies mit großer Genugthuung aufgenommen. Eine offizielle Anzeige sei weder seitens Frankreichs noch seitens Brasiliens erfolgt, es werde dies brasilischerseits wahrscheinlich erst nach dem Zusammentritt der Kammern geschehen.

Rom, 3. Dezember. Der Kriegsminister hat der Kammer einen Gesetzentwurf vorgelegt, in welchem er 17½ Millionen außerordentlichen Kredit zur Fabrikation des neuen Gewehrpulvers in der Pulverfabrik zu Terni fordert, ferner 10 600 000 außerordentlichen Kredit auf Grund des Gesetzes vom 2. Juli 1885 über die Landesvertheidigung. Der Marineminister legt einen Gesetzentwurf vor, durch welchen er ermächtigt wird, die Ausgabe im Budget für 1889/90 um 3½ Millionen zum Ankauf von Steinkohlen und um 1½ Millionen zur Beschaffung von Munition des neuen Musters zu überschreiten. Die Gesetzentwürfe werden der Budgetkommission überwiesen.

Belgrad, 3. Dezember. Am gestrigen Nachmittag wurden in Kragujewatz, in Jagodina und Kupsia heftige Erdstöße verspürt, von starkem Getöse begleitet. Die Richtung war von Ost nach West, zum Theil Nordost. In mehreren Ortschaften sind zahlreiche Meteorsteine unter starken Detonationen niedergefallen.

Washington, 3. Dezember. Der Kongreß ist heute zusammengetreten. Reed wurde zum Präsidenten der Kammer ernannt. Die Botschaft Harrisons wir für morgen erwartet.

Wien, 3. Dezember. Dem „Wiener Tageblatt" zufolge richtete das Ministerium des Innern einen scharfen Erlaß gegen das Treiben der Auswanderungs-Agenten, da die Geschäftsübung der in Oesterreich zugelassenen ausländischen Personen-Transportgesellschaften die unerfreulichsten Wahrnehmungen ergeben hätte. Der Erlaß rügt die Passivität der Gesellschaften gegenüber dem gewissenlosen Treiben der Agenten, wodurch die Gesellschaften mit verantwortlich für die dunklen Seiten des Zutreiberwesens würden. Schärfste Ueberwachung sämmtlicher ausländischer Personen-Transportgesellschaften sei nothwendig, ebenso unnachsichtliche Bestrafung unbefugter Agenten, sowie Entfernung dieserhalb bestrafter Individuen. Die Oberstadthauptmannschaft in Pest habe Beweise von dem verderblichen Treiben der Auswanderungsagenten, besonders in den nördlichen Komitaten Ungarns erlangt; dieser höchst verderblichen Thätigkeit, welche bereits die Aufmerksamkeit auch der Militärbehörden erregte, weil sie insbesondere jungen Arbeitskräften nachstellt, müsse im Interesse der Wehrmacht und der öffentlichen Moral mit allen Mitteln nachdrücklichst und unnachsichtigst, eventuell durch Konzessionsentziehungen entgegen gewirkt werden.

Wien, 3. Dezember. Im Abgeordnetenhause legt der Finanzminister das Budget 1890 vor. Das Gesammterforderniß waren 545 475 660, die Bedeckung 546 418 477 M. Unter den Ausgaben befinden sich 14 757 022 exceptionelle, darunter die Erfordernisse für Eisenbahnbauten, den Triester Hafenbau, die auf die diesseitige Hälfte entfallende Quote für Anschaffung neuer Gewehre per 9 181 904, und die Erforderniß für Neubewaffnung der Landwehr per 1 041 460. Dieser Betrag ist somit bei Ermittelung des Resultats der laufenden Gebahrung nicht in Aufschlag zu bringen. Nach Ausscheidung desselben ergiebt sich pro 1890 ein Ueberschuß von 15 519 839.

Börse zu Posen.

Posen, 3. Dezember. [Amtlicher Börsenbericht.]

Spiritus. Gekündigt — L. Kündigungspreis (50er) 49 —, (70er) 29,50. (Loko ohne Faß) (50er) 49,— (70er) 29,50.

Posen, 3. Dezember. [Börsenbericht.]

Spiritus still. Loko ohne Faß (50er) 49 10 (70er) 29,60.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 3. Dezember. (Telegr. Agentur von Alb. Lichtenstein.)

		Not. v. 2.			Not. v. 2.
Weizen fester			**Spiritus** fest		
pr. Dezbr.-Januar	190 50	189 50	unverst. mit Abgabe		
„ April-Mai	197 50	196 25	v. 50 M. loco o. F.	50 40	50 40
Roggen ruhig			„ April-Mai	51 60	51 30
„ Dezbr.-Januar	171 25	171 50	unverst. mit Abgabe		
„ April-Mai	174 50	174 25	v. 70 M. loco o. F.	31 10	31 —
Rüböl still			„ Dezember	31 10	30 80
pr. April-Mai 1890	64 90	65 —	„ Dezbr.-Januar	31 10	30 80
Hafer fest			„ April-Mai	32 30	32 —
pr. April-Mai 1890	164 —	163 —			

Kündig. in Roggen — Wspl. — Kündig. in Spiritus 110,000 Ltr.

Deutsche 3½% Reichsa.	103 20	103 10	Russ. 4½% Bdkr.-Pfdbr.	98 —	98 —
Konsolidirte 4% Anl.	105 90	105 50	Poln. 5% Pfandbr.	63 10	62 90
Pos. 4% Pfandbriefe	101 —	100 80	Poln. Liquid.-Pfdbr.	59 20	58 70
Pos. 3½% Pfandbr.	100 —	100 10	Ungar. 4% Goldrente	87 —	86 90
Pos. Rentenbriefe	103 70	103 75	Oestr. Kred.-Akt. (ultimo)	171 70	171 —
Oestr. Banknoten	172 60	172 55	Oestr.-Fr. Staatsb. (ultimo)	102 50	102 50
Oestr. Silberrente	74 20	74 20	Lombarden (ultimo)	55 10	55 10
Russ. Banknoten	218 70	217 75	**Fondstimmung**		
Russ. konf. Anl. 1871	— —	— —	ermattend		

Ostpr. Südb. E. S. A.	92 50	93 —	Pos. Provinz. B. A.	117 75	— —
Mainz Ludwighf. dto.	124 80	125 60	Landwirthschft. B. A.	— —	— —
Marienb. Mlawka dto	63 50	63 —	Pos. Spritfabr. B. A.	— —	— —
Mekl. Franzb. Friedr.	163 40	163 50	Berl Handelsgesellsch	206 60	207 50
Warsch-Wien. E. S. A	192 —	193 25	Deutsche B. Akt.	175 50	174 75
Galizier E. St. Akt.	79 40	79 20	Diskonto Kommandit	251 70	250 70
Russ 4% konf. Anl. 1880	93 25	92 95	Königs- u. Laurahütte	178 —	177 50
dto. 6% Goldrente	113 75	113 75	Dortm. St. Pr. La. A.	149 50	141 25
dto. zw. Orient. Anl.	66 50	66 30	Inowrazl. Steinsalz	49 10	48 70
dto. Präm.-Anl. 1866	154 50	— —	Schwarzkopf	270 20	271 10
Italienische Rente	94 —	93 90	Bochumer	252 —	250 —
Rum. 6% Anl. 1880	106 40	106 40	Gruson	195 —	197 80

Nachbörse: Staatsbahn 102 50 Kredit 171 70 Diskonto-Kom. 250 — Russische Noten 218 — (ultimo)

Stettin, den 3. Dezember. (Telegr. Agentur von Alb. Lichtenstein.)

		Not. v. 2.			Not. v. 2.
Weizen ruhig			**Spiritus** fester		
Dez.-Jan. a. Usan.	185 50	185 50	unverst. mit Abgabe		
Dez.-Jan. neue „	— —	— —	v. 50 M. loco o. F.	50 —	50 —
April-Mai a. Usance	191 —	191 —	unverst. mit Abgabe		
April-Mai neue „	— —	— —	v 70 M. loco o. F.	30 50	30 50
Roggen ruhig			pr. Dezbr.-Januar	30 10	30 30
Dez.-Jan. a. Usan.	169 —	169 —	pr. April-Mai	31 70	31 30
Dez.-Jan. neue „	— —	— —	**Rüböl** matt		
April-Mai a. Usance	171 —	171 —	pr. April-Mai	65 —	65 50
April-Mai neue „	— —	— —	**Petroleum** ruhig	12 35	12 35

Petroleum loco versteuert Usance 1¼ %.

Die während des Druckes dieses Blattes eintreffenden Depeschen werden im Morgenblatte wiederholt.

Wetterbericht vom 2. Dezember, Morgens 8 Uhr.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nach d. Meeresniv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Mullaghmore	764	SSO 8	wolkig	9
Aberdeen	770	S 3	wolkig	5
Christiansund	770	SW 1	bedeckt	6
Kopenhagen	776	NW 2	Nebel	— 4
Stockholm	775	still	wolkig	— 5
Haparanda	768	still	halb bedeckt	— 3
Petersburg	775	N 1	Nebel	— 4
Moskau	772	OSO 1	Regen	— 2
Cork, Queenst.	768	S 7	bedeckt	10
Cherbourg	772	SSO 3	Dunst	— 1
Helder	776	S 1	wolkenlos	— 3
Sylt	776	SSO 1	Nebel	— 3
Hamburg	777	NW 1	Nebel	— 2
Swinemünde	775	N 4	heiter ¹)	1
Neufahrwasser	770	NNO 6	bedeckt ²)	2
Memel	772	NO 3	bedeckt	— 3
Paris	775	NNO 4	wolkenlos	— 6
Münster	777	SSO 2	bedeckt	— 5
Karlsruhe	776	NO 2	bedeckt	— 3
Wiesbaden	776	NO 1	bedeckt	— 3
München	774	NO 3	bedeckt	— 8
Chemnitz	776	WNW 2	bedeckt ³)	— 5
Berlin	775	NW 4	Schnee	— 4
Wien	769	NW 4	Schnee	— 5
Breslau	769	NW 6	bedeckt	— 3
Ile d'Aix	769	O 5	wolkenlos	— 3
Nizza	767	ONO 5	wolkenlos	2
Triest	767	O 2	halb bedeckt	2

¹) See leicht bewegt. ²) See ruhig. ³) Gestern Schnee. Schneehöhe 20 cm.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 2. Dezember Mittags 1,58 Meter.
„ „ 3. „ Morgens 1,58 „
„ „ 3. „ Mittags 1,58 „



Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker & Comp. (A. Röstel) in Posen.